

846 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

Bericht

des Ausschusses für soziale Verwaltung

betreffend den vom Bundesminister für soziale Verwaltung vorgelegten Bericht über die soziale Lage 1980 (III-103 der Beilagen)

Der gegenständliche Bericht über die soziale Lage 1980 enthält neben einem Vorwort von Bundesminister D a l l i n g e r die Abschnitte

- Zusammenfassung und sozialpolitische Vorschau;
- Zur sozialen Lage;
- Tätigkeitsbericht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung;

sowie einen Anhang mit Beiträgen der Interessenvertretungen.

Im Abschnitt Zusammenfassung und sozialpolitische Vorschau wird darauf hingewiesen, daß im Berichtsjahr die Arbeitslosigkeit um rund 3 500 Personen sank. Die Frauenbeschäftigung nahm weiter zu, das Verhältnis der Beschäftigtenzahl von Frauen und Männern verschob sich von 39,8 : 60,2 (1979) auf 40,0 : 60,0 (1980). Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit konnte auf 52,3 Tage (1975: 64,5 Tage, 1979: 53 Tage) gesenkt werden. In diesem Abschnitt wird weiters ausgeführt, daß die Arbeitslosenrate bei den Jugendlichen trotz der demographischen Steigerung der Zahl der 15- bis 19jährigen eine günstige Entwicklung nahm und der Lehrlingsstand weiterhin erhöht werden konnte. Das mittlere Einkommen aller Unselbständigen betrug 1980 S 9 550,—, das der Arbeiter S 8 950,— und das der Angestellten S 10 580,—. Das mittlere Einkommen der Männer erreichte 1980 S 11 490,—, das der Frauen S 7 470,—. Im Bericht wird darauf hingewiesen, daß erstmals altersspezifische Einkommensprofile enthalten sind und zwischen den Bundesländern ein starkes Einkommensgefälle besteht, wobei Wien, Salzburg und Oberösterreich die höchsten Jahreseinkommen, Niederösterreich und Burgenland die untersten Jahreseinkommen aufweisen. Weiters wird darauf hingewiesen, daß die Einkommen aus

selbständiger Erwerbstätigkeit ein hohes Maß an Ungleichheit aufweisen und auf das oberste Zehntel beinahe die Hälfte des gesamten einkommensteuerpflichtigen Einkommens entfiel, während die untersten 40 % nur etwa 10 % des gesamten einkommensteuerpflichtigen Einkommens erhielten. Hinsichtlich der Pensionen führt der Bericht aus, daß zwischen 1970 und 1980 die reale Steigerung bei 26,2 % bzw. 23,7 % (Pensionistenindex) lag. Der Anteil der Bundesbeiträge am Gesamtaufwand der Pensionsversicherung sank 1980 auf 21,5 % des Gesamtaufwandes der Pensionsversicherung. Auch 1980 setzte sich die hohe Steigerung der Gesamtausgaben bei der Krankenversicherung fort (1979: 9,7 %, 1980: 11,3 %).

Im Unterabschnitt sozialpolitische Vorschau wird zum Ausdruck gebracht, daß der zentrale Bereich der Sozialpolitik weiterhin die Beschäftigungspolitik sein wird und die Akzentverschiebung zu einer stärker offensiven Arbeitsmarktpolitik darin bestehen muß, daß noch konzentrierter als bisher zum Zweck der Schaffung und Besetzung von Arbeitsplätzen, die die Struktur der Volkswirtschaft im positiven Sinn bestimmen, für die Kosten der Arbeitsplatzbeschaffung selbst und die Schulung der für Besetzungen in Betracht kommenden Arbeitskräfte Mittel der Arbeitsmarktförderung bereitgestellt werden. Auf dem Gebiet der Ausländerbeschäftigung soll weiterhin durch eine überlegte Genehmigungspraxis die Ausländerbeschäftigung an eine der Arbeitsmarktlage entsprechende Größenordnung herangeführt werden und dabei das Prinzip der Wahrung sozial-humanitärer Gesichtspunkte nicht verletzt werden. Die Bemühungen zur Beseitigung von Diskriminierungen der Frau in der Arbeitswelt sollen vom Staatssekretariat in verstärktem Ausmaß fortgesetzt werden. Zum Thema Krankenversicherung führt der Bericht aus, daß Überlegungen bestehen, den Leistungskatalog dahin zu überprüfen, inwieweit nicht mehr zeitgemäße Leistungen zugunsten anderer Leistungsarten aufgegeben oder eingeschränkt werden können

und inwieweit die Honorarsysteme vereinheitlicht bzw. leistungsbezogener gestaltet werden könnten. Derartige Maßnahmen müssen aber so abgestimmt werden, daß hierbei die Interessen der Versicherten gewahrt bleiben, andererseits die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst zielführend und effizient aufgewendet werden. Hinsichtlich der Unfallversicherung wird ausgeführt, daß die Frage der Verankerung des Finalitätsprinzips anstelle des auf der Kausalität beruhenden Unfallschutzes weiterhin aktuell ist. Weiters wird in der sozialpolitischen Vorschau zum Thema Rehabilitation von Behinderten unter anderem zum Ausdruck gebracht, daß in den Bundesländern, in denen noch keine geschützten Werkstätten existieren, solche geplant sind. Ferner wird auf einige in der Zwischenzeit vom Nationalrat beschlossene Gesetzesvorlagen sowie auf die mittlerweile dem Nationalrat zugeleitete Novelle zum Arbeitnehmerschutzgesetz verwiesen und zum Ausdruck gebracht, daß eine umfangreiche Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz in Vorbereitung ist, in der die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerschaft aufgrund der Erfahrungen der Praxis weiter ausgebaut werden sollen. Schließlich wird in der sozialpolitischen

Vorschau neben einem Überblick über die Aktivitäten des Zentralarbeitsinspektorates auch ein Überblick über das Forschungsprogramm für das Jahr 1981 gegeben.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 1981 den gegenständlichen Bericht über die soziale Lage 1980 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich die Abgeordneten Dr. Schwimmer, Anton Schlager, Dkfm. Bauer, Dr. Puntigam, Dr. Feurstein, Egg, Dr. Schranz, Burger und Maria Stangl sowie der Bundesminister für soziale Verwaltung Dallinger beteiligten, wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des gegenständlichen Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für soziale Verwaltung somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vom Bundesminister für soziale Verwaltung vorgelegten Bericht über die soziale Lage 1980 (III-103 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1981 10 08

Pichler

Berichterstatler

Maria Metzker

Obmann